

Clarastrasse 2  
Postfach 396  
4005 Basel  
Tel. 061 666 60 90  
Fax 061 666 60 98



**Mieterinnen- und Mieterverband Basel**  
www.mieterverband.ch/basel

## Mediencommuniqué II vom 15. August 2008

Leerwohnungsstatistik - MV fühlt sich in seiner Mietwohnschutzinitiative bestätigt:

### **Statistik bestätigt die Mahnungen des MV**

**In Basel herrscht Wohnungsmangel, teils gar an der Grenze zur Wohnungsnot: Die offizielle Statistik belegt nun die mahnenden Worte des MV Basel. Die zu hohe Mietzinsbelastung muss nun auf ein bezahlbares Mass gesenkt werden, wozu die Abstimmung über die Mietwohnschutzinitiative dient. Abzulehnen ist der Städtewettbewerb um möglichst teure Mietwohnungen.**

In Basel herrscht weiterhin und verstärkt Wohnungsmangel, wie die heute präsentierten Leerwohnungszahlen des Statistischen Amtes und der Investoren bekräftigen. Bei gewissen Wohnungstypen sind wir gar am Rande von Wohnungsnot, so das Bundesgericht. Wohnungsmangel und Wohnungsnot können auch unter Verweis auf noch teurere Mieten in Zürich und Genf nicht schöngeredet werden.

#### Mietzinsbelastung zu hoch - Abhilfe am 28. September

Die hiesigen Mietparteien interessieren sich - anders als die offizielle Politik - nicht für den Städtewettbewerb, der um gute Steuerzahlende buhlt und noch teurere Mieten in Kauf nimmt. Vielmehr wehren sich die Mieter/innen gegen zu hohe Mietzinsbelastungen. Wer über 25 Prozent seines Nettoeinkommens für Miete aufwenden muss, ist von Mietzinsnot betroffen. Dies trifft in Basel breite Teile der Mietbevölkerung. Abhilfe kann - wenigstens in Fällen mietzinstreibender Sanierungen - die am 28. September vom MV zur Abstimmung gebrachte Mietwohnschutzinitiative bringen.

#### Mehr und bessere Statistiken erforderlich

Dem Statistischen Amt kann der Vorwurf nicht erspart werden, dass es zwar Leerziffern, soweit ersichtlich nicht die wichtigen Zahlen zur zu hohen Mietzinsbelastung in Basel erfasst. Deshalb verlangt die Mietwohnschutzinitiative neben fairen Sanierungen und bezahlbaren Mieten auch die personelle und finanzielle Ausweitung des Statistischen Amtes. Nur so können deren Statistiken aussagekräftiger werden und eine grössere Unabhängigkeit von den institutionellen Anlegern erlangen. Dies wäre der erste Schritt, um die Frage der zu hohen Durchschnittsmieten künftig korrekt und differenziert zu erfassen bzw. zu bewerten.

#### Für eine aufrichtige wohnpolitische Debatte

Ein Ja am 28. September ist daher nicht nur ein Ja zu Gunsten der Durchschnittsmieter/innen. Es ist auch ein Ja zu einer aufrichtigen wohnpolitischen Debatte und eine Absage an den ruinösen Städtewettbewerb und an die Grossinvestoren, die damit ihre Profite auf dem Buckel der Basler Wohnbevölkerung tätigen.

\*\*\*\*\*

**Anhang.**

Formulierung Mietwohnschutzgesetz, § 16 Absatz 3:

"Der Regierungsrat sorgt dafür, dass alle für die Durchführung dieses Gesetzes benötigten statistischen Angaben, insbesondere die in §§ 7 bis 9 vorausgesetzten, möglichst vollständig, aktuell und für alle zugänglich vorliegen. Bei unterschiedlichen Auffassungen über Art, Herleitung oder Bedeutung solcher Statistiken unter beteiligten Behörden oder mit Mieterschutz- oder Vermieterorganisationen strebt er gemeinschaftlich eine Verständigung und Klärung unter Berücksichtigung der Zielsetzungen dieses Gesetzes an. Er stellt dem zuständigen statistischen Amt sowie der Bewilligungsbehörde die in finanzieller und personeller Hinsicht notwendigen Ressourcen zur Verfügung."